

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Wertags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21205 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonton Dresden Nr. 2486. - Stadtkonton Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gelandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verzeichnisse von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Tolles in Dresden.

Nr. 272

Dresden, Sonnabend, 22. November

1924

Die Differenzen in der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Von Dr. Hans Wehberg.

Von Mittwoch versammelten sich in den Kammern in Dresden über 1000 Genossen und Genossinnen von Groß-Dresden, um in dem Vor-
abend der sächsischen Landtags- und Landesparlamenten gegen die 23 Mit-
glieder der Mehrheit der Landtags-
fraktion Stellung zu nehmen. Nach einer
jünglichen Darstellung der Vorgänge im Land-
tag und in der sächsischen Partei fand eine rege
Kampfbildung statt. Folgende Entschlie-
bung wurde gegen acht Stimmen angenommen:

Die am 19. November abgehaltene, von
mehr als 1000 langjährig organisierten und
in der Arbeiterbewegung erprobten Genos-
sinnen und Genossen von Groß-Dresden be-
stehende Versammlung ist überzeugt, daß dem
sächsischen Proletariat durch die
Abweichung der Landtagsausfüh-
rung besser gedient worden ist, als es
durch die Zustimmung zur Auflösung ge-
schehen wäre. Sie spricht der Frak-
tionsmehrheit und den Genossen in
der Landesregierung ihr Ver-
trauen aus und verpflichtet ihre
Solidarität.

Die Versammlung vermag in der Hal-
tung der Fraktionsmehrheit keinen Disziplin-
bruch zu erkennen. Die 23 haben lediglich
die Empfehlung des Parteivorstandes, die
höchste Anwartschaft, befolgt. Nicht ihr, sondern
der Mehrheit der Fraktion, die sich über diese
Empfehlung hinwegsetzte, könnte der Vorwurf
des Disziplinbruchs gemacht werden.

Die systematische Unterdrückung
einer anderen Meinung, die Tatsache,
daß Abgeordnete der Fraktionsmehrheit am
Neben in Versammlungen gehindert werden
und daß die Parteipresse über die Ver-
hältnisse durchaus einseitig berichtet, zwingt
die Versammlung zu einmütigem Protest.

Die Versammlung, getragen von ihrem
Solidaritätsbewußtsein, werden alles daran
setzen, die Genossinnen und Genossen aufzu-
klären und dahin zu wirken, daß der Kreis
derer immer größer wird, die für die
Partei und das arbeitende Volk schädliche
Kampfbildung bekämpfen.

Im gegenwärtigen Wahlkampf werden
die Versammlung ihre Pflicht als Sozial-
demokraten mit allen Kräften erfüllen. Sie
lehnen es insbesondere ab, einen
Ausfluß der 23 von Wahlergebnissen
mit einer Nichtbeteiligung an der
Wahlarbeit zu beantworten. Denn
höher als alle persönlichen Differenzen steht
ihnen der Kampf für den Sozialismus und
die Demokratie, der Kampf für das Wohl
und die Zukunft der arbeitenden Massen.

Eine ähnliche Entschlie-
bung wurde bereits in einer am 14. d. M. im Bürger-
saal in Dresden abgehaltenen, von 200 Ge-
nossern besuchten Versammlung angenommen.

Auch die Kolkweiner Sozialdemokraten stehen hinter der Fraktionsmehrheit.

Am Sonnabend, den 15. Nov. d. M., fand in
Kolkweim eine von 150 Genossen besuchte Partei-
versammlung statt, in der die Genossen Dren-
hard, Leipzig und Glaser, Dresden über die
Differenzen in der sächsischen Landtagsfraktion
sprachen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde
eine Resolution, die sich gegen die
Fraktionsmehrheit richtete, gegen 11
Stimmen abgelehnt.

Wird der Sudan eine rein englische Kolonie?

Kairo, 21. November.

Der Tod des englischen Höchst-
kommandierenden in Ägypten, der zu-
gleich Generalgouverneur des Sudan war, hat in
London, mehr aber noch in Kairo, höchste Be-
wunderung ausgedehnt. Der englischen Regierung

ist seit geraumer Zeit bekannt gewesen, daß gegen
den General Glad aus dem Lager der extremen
Nationalisten ein Attentat geplant war. Auf
dieser Bemerkung ist datum kein besonderes Gewicht
gelegt worden, weil General Glad persönlich in
Ägypten wie im Sudan bei den Eingeborenen
gute Sympathien genöß. Er ist seit mehr als
25 Jahren in Ägypten tätig, und seinem son-
nanten Wesen ist es vielleicht in erster Linie zu
danken gewesen, daß größere und ernstere Rei-
dungen in Ägypten vermieden wurden. Man darf
deshalb annehmen, daß nicht nur das Bedauern
des ägyptischen Königs, sondern auch des Premier-
ministers Raghib Pascha durchaus aufrichtig ist.
Die Deputiertenkammer, die demnächst zusamen-
tritt, wird wahrscheinlich in gleicher Weise ihr
Bedauern und ihre Entrüstung über den Mord
ausprechen. Damit ist freilich die Tat nicht aus
dem Wege geräumt. Die englische Regierung hat
sofort einen größeren Teil der britischen
Mittelmeerflotte zur Demonstration
nach Alexandria beordert. Es ist noch nicht
entschieden, welche weiteren Schritte sie unter-
nehmen will. Immerhin rechnet man damit, daß
wenigstens die englische Besatzung vergrößert wird
und künftig im Sudan nicht mehr ägypti-
sche Truppen verwendet werden.

Der Sudan steht unter gemeinsamer englisch-
ägyptischer Verwaltung. Das kommt auch in der
Zusammenfassung der Truppen im Sudan zum
Ausdruck. Wenn künftig dort unten ägyptische
Truppen nicht mehr zugelassen werden, so würde
das formell die machtpolitische Abren-
nung des reichen Gebietes am oberen Nil von
Ägypten bedeuten. Raghib Pascha hat befanntlich
jüngst in London verhandelt. Die Wichtigkeit der
von ihm vertretenen Forderungen war dabei, daß
England den Sudan als ägyptische Provinz an-
erkennt. Er hat damit keinen Erfolg gehabt.
Der Sudan blieb englisch-ägyptisches Kondominium.
Der Erfolg des Attentats scheint nun der zu
werden, daß eine Änderung dieses Zustandes nicht
im Interesse Ägyptens, sondern im Interesse
Englands eintritt. Das kommt auch dadurch zum
Ausdruck, daß England in Zukunft den Posten
des Gouverneurs des Sudan nicht
mehr mit dem des englischen Ober-
befehlshabers in Ägypten verbinden
wird. Der Sudan ist also auf bestem Wege,
rein englische Kolonie zu werden.

London, 21. November.
Ein Mitglied des Kabinetts äußerte heute,
daß, obgleich die ägyptische Regierung für
das Attentat auf Glad nicht verantwortlich sei, sie

doch moralisch die Folgen zu tragen
habe. Was darunter zu verstehen ist, erkennt
man daraus, daß der Minister von sich aus hinzu-
fügte, die Regierung habe aber nicht die Ab-
sicht, das Attentat als Vorwand für die
Konnexion des Sudan zu benutzen.

Das Genfer Protokoll und die Sicherheitsfrage.

Von Dr. Hans Wehberg.

Man darf nicht vergessen, daß das Genfer
Protokoll, wenn es in Kraft tritt, zwar die Deut-
schaft des Friedens grundsätzlich brantert, nicht
aber dem Prinzip der Friedlosigkeit zum Durch-
bruch verhilft. Die Friedensverträge sind vor-
läufig gleichsam unantastbar. Deutschland hat kein
Forum, vor dem es auf Revision klagen kann.
Das ihm z. B. große Gebiete ohne Volksabstim-
mung entziffen und seine Kolonien geraubt wor-
den, kann es nicht im Wege Rechts zur
Sprache bringen. Das Problem der Selbstbestim-
mung der Völker ist ungelöst. Die großen
wirtschaftlichen Fragen sind weit von ihrer Lösung
entfernt, obgleich es höchste Annerkennung findet,
daß in Genf neuerdings mehrere Redner die
Probleme der Wohlverteilung, der Überbevölkerung
und Auswanderung aufs Tapet gebracht haben.
Wenn man auch auf der fünften Bundesversamm-
lung, auf schwedischen Antrag, beschloß, sich
zunehmend mit der planmäßigen Kodifikation des
internationalen Rechts zu beginnen, so werden
doch viele Kämpfe zu bestehen sein, bis nicht nur
der Friede, sondern auch die Gerechtigkeit der
Weltgedanke des internationalen Zusammenlebens
geworden ist.

Solange dies nicht der Fall ist, wird immer
die Gefahr bestehen, daß ein Volk, das sich auf
friedlichem Wege sein Recht nicht zu schaffen ver-
mag und in einem Schiedsverfahren, das ja bei
den schwersten Problemen keine Nechtfertigung,
sondern nur einen Ausgleich der Interessen zu
geben vermag, unterliegen ist, sich sein Recht vom
Himmel holt. Aus diesem Grunde wird der Völker-
bund, nötigenfalls mit militärischer Gewalt, gegen
den Rechtsbrecher vorgehen müssen. Das ver-
langt die Sicherheit der Staaten, die sich tren an
die Vorschriften der Satzung halten.

Man ist zuzuzugeden, daß eine militärische
Zwangsgesetz ihre Gefahren hat. Es ist an
sich denkbar, daß eines Tages der Völkerbund
über dem Versuch, gegen eine Verolmähnt mil-
itäre Sanktionen anzuwenden, zusammenzubrechen
könnte. Es ist auch die Möglichkeit nicht abzu-
streifen, daß die Sanktionen gegen kleinere Mächte
leichter ergreifen werden als gegen große Staaten,
die ja letzten Endes, die Hauptträger der Ere-
ktionenmacht sein werden.

Es ist nun das Ergebnis politischer Einflüsse,
ob man die Gefahren oder die Vorteile einer
militärischen Exekution größer einschätzen will.
Wir sind der Meinung, daß die Schaffung einer
Exekutioninstanz eine große Chance bietet, den
Völkerbund in jeder Hinsicht auszubauen, während
der Versuch auf die den Völkerbund von vorn-
herein nutzlos macht und das Vertrauen vieler
Staaten vernichtet, auf deren Wirkung der
Bund angewiesen ist.

Man verfolge vor allem auch nicht, wie fast
die militärischen Sonderbündnisse ausgebaut wurden,
wenn die internationale Exekution des Bundes den
Mitgliedern keinen Schutz für die Sicherheit ihrer
Ergebnisse gewährte.

Dabei leugnen wir aber die Gefahren der
Exekution in keiner Weise. Weil wir sie zu-
geben, wollen wir unser Bestes tun, um diese
Gefahren nach Möglichkeit zu mildern. Es muß
z. B. noch viel mehr als bisher, bevor Zorge
getragen werden, daß vor einer militärischen Ere-
kution die stärksten Anstrengungen zu einer fried-
lichen Lösung gemacht werden. Wie man früher
versuchte, zwischen der Entstehung eines Kon-
fliktes und dem Kriegsausbruch ein spatium de-
liberandi einzuschließen, so muß in Zukunft
zwischen dem Entschluß eines Staates und der
militärischen Exekution eine Frist gelegt werden,
die Gelegenheit bietet, alle moralischen und öko-
nomischen Mittel in höchstem Maße gegen den
Rechtsbrecher geltend zu machen, bevor man mil-
itärlich eingreift. Aber heute ist das aus psycho-
logischen Gründen schwer möglich. Die Staaten
wollen sich nicht mit einer Anwartschaft auf die

Das moralische Minus von Velle.

Anmeldung einer Revision möglich.

Berlin, 21. November.

Nach Pressemitteilungen von zuzuhilger Stelle
hat die deutsche Regierung in der letzten Über-
zeugung, daß die völlige Unschuld des General-
v. Rathjuss sich herausstellen werde, diesen in der
Durchführung seines Prozesses in jeder Weise unter-
stützt. Ihre Bemühungen sind jedoch durch die
überstürzte Ansetzung des Verhand-
lungstermins vereitelt worden, der es un-
möglich machte, in der kurzen Zeit das
nötige Entlastungsmaterial und weitere
Entlastungszeugen heranzubringen. Die
Regierung wird alles tun, was in ihren Kräften
steht, um die Tade im Interesse des General-
v. Rathjuss und der deutschen Ehre weiter zu betreiben. In
der unzulässigen Beschränkung der Verteidigung
liegt ein Formfehler, der die Anmeldung
einer Revision ermöglicht.

In Frankreich werden die Gesinnungs-
streuer der „Kreuzzeitung“ deren Gesche-
nisse nach Repräsentation mit Freunden aufnehmen
und gegen die Regierung Fronten benennen. So
erleben wir also wieder einmal, daß diejenigen,
die die Nationalbewußtsein in Erbpacht genommen
haben und sich heute entziffen über den „Fall
Rathjuss“, dem großen General nicht dienen,
sondern seine Interessen nur schädigen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die
Regierung alles tun muß, damit General
von Rathjuss schnell wieder in Frei-
heit gesetzt wird. Ja, das ist so selbstver-
ständlich, daß es sich eigentlich überhaupt erübrigt,
eine derartige Forderung aufzustellen. Der frühere
General ist zu Unrecht verurteilt, und dieses
Unrecht muß so schnell wie möglich wieder gut-
gemacht werden. Daran sind wir und daran ist
in gleichem Maße auch die französische Regierung
interessiert. Sie will die Verhandlung, und
gerade deshalb muß sie sich klar darüber sein, daß
diese Verhandlung nur möglich ist, wenn sie auch
von Deutschland aus in vollem Grade und in
fester Überzeugung betrieben wird. Wie aber soll
für uns diese Möglichkeit bestehen, wenn den
Revanchehelden von der Gegenseite aus immer
wieder neues Material zur Aufpeitschung
der Leidenschaften unseres Volkes ge-
geben wird, wenn man die zusammenbrechenden
Reaktion ausgerechnet in der jetzigen Zeit neue
Kräfte hant? Wir wollen wohl, daß nicht die
französische Regierung für das Urteil verantwor-
lich ist und der Spruch des Gerichtes nicht für
sie, sondern für die Personen eine Schande bleibt,
die es gesprochen haben. Aber darauf kommt es
im vorliegenden Falle nicht an. Der Unwille über
den Unfug von Velle richtet sich nicht gegen
die Unzufriedenen, er wendet sich gegen

Fronten und seine gesamte Politik
insoweit er es besonders schädlich, denn — so
widerständig auch der Vergleich ist — den Spruch
des französischen Militärgerichts benutzt die deutsche
Reaktion jetzt, um die Verhandlungspolitik über-
haupt lächerlich zu machen.

Was kann nun geschehen? Zunächst hat
General Rathjuss Revision eingeleitet. Ob sie
eine Änderung des Urteils bringt, bleibt vorläufig
unbekannt. Aber selbst den Fall gesetzt, daß ein
zweites französisches Gericht das Urteil von Velle
bestätigen würde. Geht es dann, dann muß die
französische Regierung, sobald das Urteil rechts-
kräftig geworden ist, die Strafe auf dem
Schwabenwege erlassen. Sie darf nicht den
geringsten Zweifel darüber lassen, daß sie ver-
bindlich den Frieden will und die Befolgung so-
genannter Kriegsverbrechen mitten im Frieden als
einen Unfug betrachtet. Nur so kann das mora-
lische Minus, das durch den Velle Urteilspruch
auf Kosten des Ansehens der französischen Regie-
rung entstanden ist, wenigstens zum Teil wieder
gutgemacht werden.

Die Stimme der Vernunft.

Paris, 21. November.

Die „Re Nouvelle“ schreibt über das Velle
Urteil: Eine Opportunitätsfrage erhebt sich
unabhängig.

Es ist möglich, nach mehr als sechs
Jahren nach der Unterzeichnung des Waffen-
stillstandes den alten Haß wieder zu er-
wecken und die Feindschaft aufzu-
kacheln, die man bezweifelt, wenn nicht er-
stirbt müßte? Und besonders in dem Augen-
blick, in dem in Deutschland eine außerordentlich
lebhaftige Agitation herrscht, wo sich der Kampf
um die Reichstagswahl abspielt, mit
dem Einfluß: entweder reaktionärer und nationa-
listischer Mehrheit, oder ein demokratischer
Volk? In Deutschland werden die Nationalisten
und Militaristen nicht zögern, diese verpönte
Verfolgung anzubringen, um den germanischen
Egomanismus anzufeuern und zu verheeren, in
das Parlament wieder die Schlingel des
Kaisers und die treuen Freunde Ludendorffs
zu entsenden.

Aber diese politische Zeile erscheint und nur
unabhängig. Ein viel schwereres Problem
erhebt sich: Inwieweit kann ein Mann, sei es
Rathjuss oder ein anderer General, ein Offizier
oder ein einfacher Soldat, für die Abhängigkeiten
verantwortlich gemacht werden, die im
Kriege begangen worden sind? Welch
ein Dohn ist es in Wahrheit, sich an diese pri-
vaten Handlungen zu halten, welche, mögen sie
noch so schrecklich und dardarisch sein, darum nicht
weniger in das Blutige und gigantische Chaos
des Weltkrieges getaucht sind, der sie auch ent-
stehen ließ.

Zuschweifung des Angreifers bezügelnd, sondern verlangen sofortige militärische Abweisung.

Auch müssen wir die Gefahren der militärischen Exekution dadurch zu mindern suchen, daß wir mit allen Kräften versuchen, erst mit ökonomischen Mitteln zum Ziele zu gelangen.

Dennoch darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben: Und ist der Gedanke einer militärischen Zwangsregelung immer nur ein Notbehelf, der uns über die trübsten Zeiten hinwegzuführen soll, da man die ganze Lösung des Völkerbundes noch nicht allein auf Taten und Gedanken zu stellen vermag.

Ob man nun, wenn man sich grundsätzlich für militärische Exekutive entscheidet, einer künftigen internationalen Armee den Vorrang gibt, oder im Einzelfalle die nationalen Kontingente zu einer einheitlichen Aktion zusammenfassen will, ist in letzter Linie mehr ein technisches, denn ein grundsätzliches Problem.

Bekanntlich hat die Schweiz bei ihrem Eintritt in den Völkerbund die Zusicherung erhalten, sich nicht an militärischen Gesamtkaktionen des Bundes beteiligen zu müssen.

Eine weitere Einschränkung der Pflicht der Mitglieder zur Teilnahme an militärischen Aktionen des Bundes würde die größten Bedenken hervorgerufen und eine Ungleichheit gegen diejenigen bedeuten, die bereits diese Pflichten übernommen haben.

Grundsätzlich aber muß es im Völkerbunde heißen: Einer für alle und alle für einen! — Da es gelungen ist, die Völker zu jener idealen Bestimmung zu erziehen, in der eine Abhängigkeit der Entscheidung eines Schiedsgerichts selbst in dem schwersten Lebensfragen nicht mehr zu befürchten ist.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Der Reparationsagent soll entscheiden. Paris, 21. November.

Über die Unterredung, die gestern zwischen dem deutschen Vizekanzler v. Goesch und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot stattgefunden hat, sind von den hiesigen Morgenblättern eine Reihe von Informationen verbreitet worden, die der Klärung der Sachlage dienen. Es trifft zunächst nicht zu, wie verschiedentlich behauptet worden ist, daß die deutsche Regierung die Forderung auf Aufhebung der Ägypten-Aggabe auf den deutschen Export fallen gelassen habe.

Englands Haltung zum Genfer Friedenspakt.

Paris, 22. November.

Unter dem Vorzeichen des Ministerpräsidenten Herriot stellen vorerst die französischen Delegierten beim Völkerbund eine Veranlassung ab, in der sie sich mit der Frage beschäftigen, welchen Standpunkt man angesichts der Tatsache einnehmen solle, daß die englische Regierung sich vorerst nicht mit dem Genfer Protokoll befaßt habe.

Weise dazu veranlassen, seine Unterschrift, die es in Genf gegeben hätte, zu verweigern. Die schließliche Ratifizierung des Dokuments hängt von einer Anzahl neuer Unterzeichnungen ab, die man wohl bis Mitte des kommenden Jahres erreichen könne.

Mussolini und die Opposition.

Rom, 21. November.

Mussolini stellt sich so, als ob er sehr zufrieden sei, daß Giolitti zur Opposition übergetreten ist und dort die Führung einer neuen Gruppe übernommen hat. In diesen Tagen erklärte er einem Interviewer, daß er den Schritt begrüße; denn es sei besser, eine aktive Opposition als inaktive Abgeordnete zu haben.

Ein Putz in Athen.

London, 21. November.

In Athen ist Mittwoch nachts abermals ein Putz gegen die Regierung ausgebrochen. Die Regierung war aber kurz vorher benachrichtigt worden und konnte den General Loukas, das Haupt der Revolutionäre und eine Reihe beteiligter Offiziere rechtzeitig verhaften lassen.

Die Hege gegen Trojki.

Köln, 21. November.

Trojki's Ruf nach "Die Lehren des Oktober" hat scharfe Angriffe aus dem Zentrum der Partei gegen Trojki hervorgerufen, so noch heute einen Angriff des Finanzkommissars Sokolow. Er spricht von Trojki's Ruf als einer großen Verdrehung der Geschichte des Volkswirtschafts.

Zeit. Daß die Sache selbst angeht, so sind sogar seine besten Freunde übermüdet von dem ständigen Fieber, den sie in diesem literarischen Angriff erblicken. Im vorigen November war Trojki ebenfalls Mittelpunkt scharfer Auseinandersetzungen, auffallend ist die geringe allgemeiner politische Bedeutung, die der jetzigen Auseinandersetzung beigemessen wird.

Neue Angriffe der Marokkaner.

Madrid, 12. November.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Marokko wurde General Serrano während einer Ruhepause im Feldlager durch einen Soldaten angegriffen. Die Zeitungen melden neue militärische Angriffe in der Umgegend von Tetuan.

Urteile eines französischen Kriegsgerichts.

Laudan, 22. November.

Vor dem französischen Kriegsgericht hatten sich gestern die Tagelöhner Alexander Doffler genannt Bohn und Adam Schröder aus Ludwigschafen zu verantworten. Nach der Anklage sollte Doffler einen französischen Soldaten, der auf dem Bürgersteig in der Bismarckstraße in Ludwigschafen entlang ging, angegriffen und in dem bei diesem Anlauf entstandenen Sturz durch Messerstiche tödlich verwundet haben.

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichsminister hat, wie aus Bonn gemeldet wird, den Schiedspruch vom 24. Oktober im Gehaltsstreik der Angehörigen der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller für verbindlich erklärt.

Die Kreuzzeitung veröffentlicht die Reichswahlliste und die Landestafel der Deutschen nationalen Volkspartei. Auf der Reichswahlliste stehen danach die Namen Herz, Hart, Wilmann, Frau Behm, Landbach und v. Tappin.

Wie die Mütter aus München melden, ist nunmehr auch der letzte der verhafteten Frontkämpferväter Oswald aus der Haft entlassen worden, nachdem er sich bereit erklärt hatte, Bayern zu verlassen und in seine württembergische Heimat zurückzukehren.

In den mitteldeutschen Metallindustrien stehen schwere Kämpfe bevor. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat für den Bezirk Halle-Vergleich am Donnerstag das Überzeitalabkommen für die mitteldeutsche Metallindustrie geschlossen. Gleichzeitig haben die Metallindustriellen den Kartellvertrag für die Bezugsgebiete Anhalt, Halle und Magdeburg zum Jahresbeginn gekündigt mit dem Ziel, die fernerzeit vereinbarte Arbeitszeit im Kartellvertrag schulgeldig und augenblicklich noch bestehenden Vergünstigungen, wie Ferien usw., auszumergen.

Totenfest.

Von S. K. Beundorf.

Oh Mensch: — Von Jahr zu Jahr wach eine Wandlung wunderbar! Neige dein Haupt der Unergründlichkeit des Schicksalswortes Vergänglichkeit. Und gib uns, Seele, ein Verstehn von Untergehn und Auferstehn, darinnen brennend gesammelt ist des Lebens große Herrlichkeit.

Ob schon sie alle hingehn und täglich, ständlich schwinden, und einer nach dem andern gehorcht dem Wink des Todes, raucht doch das Meer der Menschen und schäumt, das uferlose, blüht Well' an Well', als wäre nicht eine hingeschwunden.

Und das ist ein Geschehn so wunder- unbegreiflich, so tief — tiefhin erschütternd bis zu des Hergens Träne.

Aus Gustav Mahlers Leben.

Die hinreichende Persönlichkeit Gustav Mahlers, des großen Dingen und letzten Maßstabs der menschlichen Musik, tritt uns in ihrem ganzem Jauber aus der Velebsammlung entgegen, die seine Gattin, Alma Maria Mahler, soden im Paul Solway-Verlag zu Berlin herausgegeben hat.

Wenn wir hier eine Laufbahn, die, an Höhe des Aufstiegs und Breite der Wirkung, in unserer Zeit einzigartig ist. Die Gattin hat selbst in einer ergreifenden Vorrede ihre persönlichen Anschauungen und Lebenserfahrungen mitgeteilt, die uns die Gestalt des Meisters besser erkennen lassen. Wie in jedem Genie, so blieb auch in Mahler das Kind mächtig, von dem sie einige unbekannte Züge berichtet: „So, daß er um die Kaiserin schlich, die Hornsignale zu belauschen, daß man bei einem Besuche des Großherzogs auf dem Bierjahren nach langem Suchen auf dem Bodenraum fand, wo er, traumverloren, auf einem alten Mäxler phantasierte und bekannte Weisen Mahlers nachspielte.

Kampf war voll Trost, was sich äußerlich darin zeigt, daß er 10 Monate des Jahres als Dirigent und nur 2 Monate als Schöpfer leben konnte. Aber sein Dasein war nicht das eines unglücklichen Künstlers, wie man es wohl hat darstellen wollen. „Das ist ein Irrtum“, sagt seine Frau. „Er war heiter, aktiv, energisch. Selbst das schwerste Leiden des Künstlers, der Zweifel an seinem Genie, besiel ihn nur höchst selten und gab ihn bald wieder frei. Er glaubte an sich. Und er wagte an sich glauben, da sein lautes Leben ein Exzentrikum sondergleichen war.

ist gestorben. Kurze Zeit darauf ließ sich Gustav Mahler, nur um meine ahnungslose Angst zu beruhigen, ärztlich untersuchen. So erluthen wir das erstmal von dem alten Herrleiden, das sein Leben bedrohte. Jetzt überließen ihn Todesgedanken. Er sagte so oft: „Wie meine Werke sind ein Antizipando des kommenden Lebens...“

Russische Bauernkunst.

Dem rühmigen Direktor unseres staatlichen Kunstgewerbemuseums, Dr. Ballyer, ist es gelungen, durch die Vermittlung einer russischen Malerin, J. P. Priskin, für kurze Zeit Ergänzungen der russischen, ukrainischen und tartarischen Bauernkunst in seinem Museum auszustellen. Man darf billig erkennen sein über den Reichtum dieser dem Kunstgewerbe angehörenden Kunst, die an sich das Ergebnis langer Überlieferungen ist, aber in einzelnen Erscheinungen doch auch wieder ganz individualisiert künstlerisches Können verrät. Die aus Überlieferungen hervorgegangenen Entwürfe gehören zur Hauptsache dem Gebiete der Stickerarbeiten an; es sind Bettdecken, Paradehandtücher, Gemütsstücke, Kissenbezüge, Kopfpapierarbeiten, wie sie in den Gouvernements Wolodyda, Olonez, Kaluga, Nisjan, Moskwa, Nowgorod, Twer, Toghhestan und der Ukraine von Bauernfrauen hergestellt werden. Es sind ganz bestimmte Vorstellungen, die den Bauernkünstlern oder wohl richtiger die Bauernkünstlerinnen erfüllen. Der eine Bezirk baut seine Arbeiten auf dem Tiermotiv als Ornament auf, der andere auf dem Blumenmotiv. Bei den ersten findet man in häufiger Variation einen phantastischen Vogel, dem wohl eine kultische Bedeutung liegen mag, aber das Kennzeichen bei den Blumenmotiven tritt Pflanzen und Frucht in reichlicher Abwandlung in die Erscheinung. Ganz hervorragend beschaffen ist der dekorative Sinn dieser Bauernkünstlerinnen; sie wohnen nicht durch ihre farbige Gegenstände, sondern durch ihre Abwandlungen wirken. Ein sanftes nach Rosa

Das Wohnungsproblem der Gegenwart.

Von Dr. Max Laatz, M. d. L.

Über die Wohnungsfrage ist schon unendlich viel geschrieben worden, aber leider macht man immer wieder die Erfahrung, daß es in allen Parteien noch gar zu viele Politiker gibt, denen ein tieferes Verständnis für die Probleme des Wohnungswezens fehlt. Damit dürfte es auch zusammenhängen, daß das Wohnungswezen eines der traurigsten Kapitel in der deutschen Wirtschaftsgeschichte

der deutschen Nachkriegszeit bildet und auch heute, wo das Inflationsleiden überwunden und damit ein großer Hindernisse beseitigt ist, die einer Besserung unserer Wohnungsverhältnisse entgegenstehen, werden von Regierungen und Parlamenten auf dem Gebiete des Wohnungswezens immer wieder schwere Fehler begangen, unter denen dann die vielen Tausende empfindlich zu leiden haben, die zum Teil schon seit Jahr und Tag vertrieben auf Wohnung warten. Unter diesen Umständen hat eine Schrift eine ganz besondere Bedeutung, die wie das jetzt in vierter Auflage erschienene Buchlein des Oberregierungsrates im Sächsischen Landeswohnungsamt, Hoppe, in knapper Form die wichtigsten Fragen des Wohnungswezens zusammenfaßt. Die Schrift erschien das erste Mal kurz nach Beginn des Jahres auf dem Kampfschauplatz. Die jetzige vierte erweiterte Auflage ist deshalb besonders wertvoll, weil sie die Erfahrungen darstellt, die man im laufenden Jahre bei der Wohnungsfrage gemacht hat, wobei es der Verfasser nicht verläßt, auf die Fehler hinzuweisen, an denen leider auch die Wohnungsämter der letzten Monate so reich sind.

Die Wohnungsfrage ist im wesentlichen eine Kleinwohnungsfrage.

Um die Unterbringung der Leute, die imstande sind, sich eine große Wohnung zu beschaffen, braucht sich außer den unmittelbaren Beteiligten niemand den Kopf zu zerbrechen. Aber die Zahl dieser Wohlhabenden ist nicht sehr groß, der weitaus größte Teil aller Wohnungen sind Kleinwohnungen, nach den Angaben, die Hoppe macht, in Deutschland 84,3 Proz. aller Wohnungen. Eine Wohnungsfrage ist es schon

vor dem Kriege

gegeben, einmal deswegen, weil die Wohnungen für die Angehörigen der unmittelbaren Volksschichten vielfach zu teuer und zu schlecht waren, und weil sehr oft ein Mangel an Kleinwohnungen herrschte, der es besonders den linderreichen Familien in Großstädten und Industriebezirken schwer machte, eine halbwegs erträgliche Wohnung zu finden. Aber in der Nachkriegszeit ist die Wohnungsfrage ins Unerträglichste gestiegen. Wenn trotzdem der Kampf gegen das Wohnungsleiden nicht mit der gebotenen Energie geführt wurde, so hängt das zweifellos, wie Hoppe richtig hervorhebt, damit zusammen, daß die Wohnungsfrage nicht wie die Nahrungs- und Bekleidungsfrage das deutsche Volk in allen seinen Kreisen traf. Sie berührte wenigstens unmittelbar nicht diejenigen, die eine ausreichende, ihren Wünschen entsprechende Wohnung hatten. Hoppe schildert eindringlich die furchterregenden

Folgen des Wohnungsmangels.

Zur Ausdehnung der Tuberkulose in der Nachkriegszeit hat zweifellos die Tatsache sehr viel beigetragen, daß zahllose Menschen in geräumigen überfüllten Wohnungen haften. Die Zunahme der unehelichen Geburten, deren Zahl in Sachsen von 12,6 Prozent im Jahre 1919 auf 17,0 Prozent im Jahre 1923 stieg, hängt sicher ebenso wie die von den Ärzten besorgte Zunahme der Abtreibungen damit zusammen, daß durch den Wohnungsmangel die Gründung einer Familie vielfach unmöglich geworden ist. Hoppe weist dann darauf hin, daß in Deutschland die Wohnungsfrage deshalb ein ganz besonderes Gesicht hat, weil anders, wie z. B. in England, Großbritannien oder Nordamerika das Massenmietshaus die Wohnform für die große Masse der unbedeutendsten Bevölkerung ist. In englischen Industriestädten kommen durchschnittlich 4 bis 5 Einwohner auf ein Haus, in gleichartigen deutschen Städten dreißig. Leider sehen auch heute sehr viele Politiker, und das gilt auch wieder für alle Parteien, noch nicht ein, welche Katastrophe das Massenmietshaus hat. Und dabei müßte es doch jedem klar sein, daß eine Wohnung im Ein-, Zwei- oder Vierfamilienhaus unbedingt einer gleichwertigen Wohnung in einer Mietkaserne vorzuziehen ist, auch wenn beide Wohnungen im übrigen von völlig gleicher Beschaffenheit sind. Ist es doch für die Mietkasernebewohner und besonders für ihre Kinder sehr viel schwerer an die freie Luft zu kommen, als für den Bewohner eines Kleinhauses. Aber weite Kreise in Deutschland haben sich so an das Massenmietshaus gewöhnt, daß sie sich eine andere Wohnform für größere Ortsteile kaum denken können, und so werden heute noch an manchen Orten viel zu viel Mietkasernen gebaut.

Ein Beweis für die Oberflächlichkeit, mit der von vielen Seiten die Wohnungsfrage behandelt wird, ist es, daß die Leute nicht alle werden, die glauben, das Wohnungsleiden durch Einführung der freien Wirtschaft

kurieren zu können. Die Wohnungsämter, die mit hartem Zwang ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft durchführen müssen, sind zwar, so sieht Hoppe aus, die angesehensten Behörden der Welt. Das ist nur zu bezweifeln. Aber Hoppe wendet sich mit Recht energisch gegen die Behauptung, daß diese Ämter keine produktive Arbeit leisten. Ihre Arbeit sei unbedingt notwendig, um wenigstens die notwendige Ordnung im Wohnungswezen aufrechtzuerhalten. Wichtig sei es allerdings, daß durch die Maßnahmen der Wohnungswirtschaft die Wohnungsfrage nicht behoben werden könne. Aber die freie Wirtschaft vor Behinderung der Wohnungswirtschaft, oder als Mittel zur Behebung der Wohnungsfrage zu betrachten, ist ein Irrtum. Die Wohnungsfrage ist ein so tiefgreifendes Problem, daß sie nur durch eine planmäßige, durch den Staat geleitete Lösung gelöst werden kann. Hoppe weist darauf hin, daß die Wohnungsfrage nicht nur ein Problem der Gegenwart ist, sondern ein Problem der Zukunft. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen.

Wohnungsfrage

Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen.

ungangnot selbst nicht behoben werden könne. Aber die freie Wirtschaft vor Behinderung der Wohnungswirtschaft, oder als Mittel zur Behebung der Wohnungsfrage zu betrachten, ist ein Irrtum. Die Wohnungsfrage ist ein so tiefgreifendes Problem, daß sie nur durch eine planmäßige, durch den Staat geleitete Lösung gelöst werden kann. Hoppe weist darauf hin, daß die Wohnungsfrage nicht nur ein Problem der Gegenwart ist, sondern ein Problem der Zukunft. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen.

ein Mittel für Deutschland,

wenn die drei angelegte Agitation auf Einführung der freien Wohnungswirtschaft vor Behinderung der Wohnungswirtschaft, oder als Mittel zur Behebung der Wohnungsfrage zu betrachten, ist ein Irrtum. Die Wohnungsfrage ist ein so tiefgreifendes Problem, daß sie nur durch eine planmäßige, durch den Staat geleitete Lösung gelöst werden kann. Hoppe weist darauf hin, daß die Wohnungsfrage nicht nur ein Problem der Gegenwart ist, sondern ein Problem der Zukunft. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen.

planmäßigen Wohnungspolitik

hat es leider bisher gefehlt, und Hoppe nennt mit Recht die Geschichte der Wohnungswirtschaft der letzten Jahre eine Geschichte der veräuserten Gelegenheiten. Die Maßnahmen, die seit 1918 zur Bekämpfung der Wohnungsfrage getroffen wurden, hätten der Wohnungsfrage Herr werden können, wenn sie rechtzeitig und mit ausreichenden Mitteln unternommen worden wären. Man konnte sich aber in der Inkonsistenz nicht entschließen, die Wohnungsfrage als ein Problem der Gegenwart zu betrachten, sondern sie als ein Problem der Zukunft zu betrachten. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen. Die Wohnungsfrage ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verdienen.

Mietzinssteuer.

Solange die Wohnungsbaubehauptung nur für Zwecke der Wohnungswirtschaft verwendet wird, sei es erträglich, vom Standpunkt der Finanzpolitik aber sei eine Mietzinssteuer für allgemeine Zwecke zu verwerfen, weil bei dieser Steuer die Leistungsfähigkeit nicht berücksichtigt werde. Durch die Mietzinssteuer werde die Behauptung, vom Standpunkt der Volkswirtschaftlichkeit wertvolle Form der Kultur bezeichnet. Gegenüber hält es Hoppe durchaus für richtig, daß man 10 Prozent der Mietzinssteuer als Wohnungsbaubehauptung erhebt und für die

Zweck des Wohnungsbaues verwendet. Dadurch werde die Wohnungsbaubehauptung gespart, und es ließen dem Reich aus der Wohnungswirtschaft Einnahmen an Steuern und Erträgen zu. Geringe es, die Bauwirtschaft zu beschäftigen, so erhalte die Kaufkraft eines großen Bevölkerungsteiles eine Stärkung. Hoppe beschäftigt sich dann weiter mit der Frage, wieviel Wohnungen in Deutschland fehlen.

Auf Grund sorgfältiger Untersuchungen ist die Zahl der fehlenden Wohnungen für Sachsen auf rund 100 000 ermittelt. Rund 20 Wohnungen auf 1000 Einwohner. Rege man aber bei der Prüfung des nächsten Jahres zugrunde, so komme man dazu, den dringenden Wohnungsbedarf in Sachsen auf 50 000 Wohnungen zu bemessen. Auf 1000 Einwohner sollten dringende zehn Wohnungen. Untersuchungen, die in anderen Teilen Deutschlands angestellt sind, lassen die Annahme als berechtigt erscheinen, daß die für Sachsen gefundene Zahl für ganz Deutschland Geltung habe und daraus ergibt sich, daß in Deutschland in nächster Zukunft mindestens 600 000 Wohnungen zu erstellen sind. Hoppe berechnet nun, wie groß die Zuschüsse sein müssen, die aus den öffentlichen Mitteln zu geben sind und er kommt zu dem Schluß, daß man für 1924 mit einer Beihilfe von 6000 M. für eine Wohnung zu rechnen habe, für die folgenden Jahre mit einer Höhe von 5000 M. Nach der dritten Steuerreformverordnung sind die Einzelstaaten nur verpflichtet, 10 Proz. von der erhöhten Mietzinssteuer für die Zwecke des Wohnungsbaues zu bezahlen. Nehme man die Mietzinssteuer für den allgemeinen Bedarf auf 20 Proz. der Ertragssteuer, so seien nach der dritten Steuerreformverordnung nur 100 Millionen, nach Änderung der unermittellichen Zuschüsse rund 80 Mill. M. für den Wohnungsbaubau zu verwenden. Bei 5000 M. durchschnittlicher Beihilfe seien aus dieser Summe in ganz Deutschland nur 16 000 Wohnungen zu erstellen. Der dringende Bedarf von 600 000 Wohnungen würde dann erst nach 37,5 Jahren gedeckt sein. Umständlicherweise erheben die Einzelstaaten für den Wohnungsbaubau höhere Prozentätze, in Sachsen und Bayern 10 Proz., Preußen 8 Proz. Aber in all den Ländern konnte kein festes Wohnungsbauprogramm aufgestellt werden. Es fehlt jetzt, so betont Hoppe mit Recht, durch die Stabilisierung der Währung die wichtigste Grundlage für eine planmäßige Wohnungswirtschaft geschaffen, es sei die Zeit gekommen für ein festes deutsches Wohnungsbauprogramm. Es müßte das Ziel gesetzt werden, in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Wohnungsbaubau den gesamten dringenden Wohnungsbedarf zu decken. Von den beteiligten Ländern müßte gefordert werden, daß sie für den Wohnungsbaubau jährlich 10 Proz. der Ertragssteuer bereitstellen und diesen Satz nach Bedarf und nach so weit erhöhen, daß in fünf Jahren die dringende Wohnungsfrage behoben ist. Die dritte Steuerreformverordnung beschränkt die Beihilfe der Wohnungsämter auf die Zeit bis zum 31. März 1926, und die Bestimmungen der Länder sind nur auf ein oder zwei Jahre getroffen. Es müßte aber unter allen Umständen vereinbart werden, daß in den Landtagen die entscheidenden Entschlüsse möglichst erst im letzten Augenblick getroffen werden könnten. Die Wohnungsbaubehauptung müßte deshalb von vornherein durch Gesetz auf fünf Jahre festgelegt werden.

Ein festes Wohnungsbauprogramm

angestellt werden. Es fehlt jetzt, so betont Hoppe mit Recht, durch die Stabilisierung der Währung die wichtigste Grundlage für eine planmäßige Wohnungswirtschaft geschaffen, es sei die Zeit gekommen für ein festes deutsches Wohnungsbauprogramm. Es müßte das Ziel gesetzt werden, in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Wohnungsbaubau den gesamten dringenden Wohnungsbedarf zu decken. Von den beteiligten Ländern müßte gefordert werden, daß sie für den Wohnungsbaubau jährlich 10 Proz. der Ertragssteuer bereitstellen und diesen Satz nach Bedarf und nach so weit erhöhen, daß in fünf Jahren die dringende Wohnungsfrage behoben ist. Die dritte Steuerreformverordnung beschränkt die Beihilfe der Wohnungsämter auf die Zeit bis zum 31. März 1926, und die Bestimmungen der Länder sind nur auf ein oder zwei Jahre getroffen. Es müßte aber unter allen Umständen vereinbart werden, daß in den Landtagen die entscheidenden Entschlüsse möglichst erst im letzten Augenblick getroffen werden könnten. Die Wohnungsbaubehauptung müßte deshalb von vornherein durch Gesetz auf fünf Jahre festgelegt werden.

Ein festes Wohnungsbauprogramm

angestellt werden. Es fehlt jetzt, so betont Hoppe mit Recht, durch die Stabilisierung der Währung die wichtigste Grundlage für eine planmäßige Wohnungswirtschaft geschaffen, es sei die Zeit gekommen für ein festes deutsches Wohnungsbauprogramm. Es müßte das Ziel gesetzt werden, in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Wohnungsbaubau den gesamten dringenden Wohnungsbedarf zu decken. Von den beteiligten Ländern müßte gefordert werden, daß sie für den Wohnungsbaubau jährlich 10 Proz. der Ertragssteuer bereitstellen und diesen Satz nach Bedarf und nach so weit erhöhen, daß in fünf Jahren die dringende Wohnungsfrage behoben ist. Die dritte Steuerreformverordnung beschränkt die Beihilfe der Wohnungsämter auf die Zeit bis zum 31. März 1926, und die Bestimmungen der Länder sind nur auf ein oder zwei Jahre getroffen. Es müßte aber unter allen Umständen vereinbart werden, daß in den Landtagen die entscheidenden Entschlüsse möglichst erst im letzten Augenblick getroffen werden könnten. Die Wohnungsbaubehauptung müßte deshalb von vornherein durch Gesetz auf fünf Jahre festgelegt werden.

Ein festes Wohnungsbauprogramm

angestellt werden. Es fehlt jetzt, so betont Hoppe mit Recht, durch die Stabilisierung der Währung die wichtigste Grundlage für eine planmäßige Wohnungswirtschaft geschaffen, es sei die Zeit gekommen für ein festes deutsches Wohnungsbauprogramm. Es müßte das Ziel gesetzt werden, in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Wohnungsbaubau den gesamten dringenden Wohnungsbedarf zu decken. Von den beteiligten Ländern müßte gefordert werden, daß sie für den Wohnungsbaubau jährlich 10 Proz. der Ertragssteuer bereitstellen und diesen Satz nach Bedarf und nach so weit erhöhen, daß in fünf Jahren die dringende Wohnungsfrage behoben ist. Die dritte Steuerreformverordnung beschränkt die Beihilfe der Wohnungsämter auf die Zeit bis zum 31. März 1926, und die Bestimmungen der Länder sind nur auf ein oder zwei Jahre getroffen. Es müßte aber unter allen Umständen vereinbart werden, daß in den Landtagen die entscheidenden Entschlüsse möglichst erst im letzten Augenblick getroffen werden könnten. Die Wohnungsbaubehauptung müßte deshalb von vornherein durch Gesetz auf fünf Jahre festgelegt werden.

Ein festes Wohnungsbauprogramm

angestellt werden. Es fehlt jetzt, so betont Hoppe mit Recht, durch die Stabilisierung der Währung die wichtigste Grundlage für eine planmäßige Wohnungswirtschaft geschaffen, es sei die Zeit gekommen für ein festes deutsches Wohnungsbauprogramm. Es müßte das Ziel gesetzt werden, in einem Zeitraum von fünf Jahren durch Wohnungsbaubau den gesamten dringenden Wohnungsbedarf zu decken. Von den beteiligten Ländern müßte gefordert werden, daß sie für den Wohnungsbaubau jährlich 10 Proz. der Ertragssteuer bereitstellen und diesen Satz nach Bedarf und nach so weit erhöhen, daß in fünf Jahren die dringende Wohnungsfrage behoben ist. Die dritte Steuerreformverordnung beschränkt die Beihilfe der Wohnungsämter auf die Zeit bis zum 31. März 1926, und die Bestimmungen der Länder sind nur auf ein oder zwei Jahre getroffen. Es müßte aber unter allen Umständen vereinbart werden, daß in den Landtagen die entscheidenden Entschlüsse möglichst erst im letzten Augenblick getroffen werden könnten. Die Wohnungsbaubehauptung müßte deshalb von vornherein durch Gesetz auf fünf Jahre festgelegt werden.

Zusammenhang mit der Natur Behagen und Lebensfreude finde.

Hoppe wünscht, daß das Kleinhaus möglichst ein Eigenheim

sei. Dagegen aber, daß ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten zu Besitzern von Eigenheimen gemacht werde, muß aber doch das Bedenken geltend gemacht werden, daß dadurch der Arbeiter oder Angestellte leicht in seiner Bewegungsfreiheit gehindert wird. Nicht darauf, daß möglichst viele Volksgenossen Eigenheimbesitzer werden, kommt es an, die Hauptsache ist, daß für einen möglichst großen Teil unserer Volkes Wohnungen im Kleinhaus geschaffen werden, in denen sie vor willkürlicher Kündigung geschützt sind, und das ist stets der Fall, wenn die Wohnungen im Besitz von gemeinnützigen Organisationen oder öffentlichen Körperschaften sind. Wichtig ist aber auch, daß niemand an seine Wohnung gekoppelt ist und daß ein jeder, wenn es etwa sein berufliches Fortkommen erfordert, ohne große Schwierigkeiten und finanzielle Verluste seine bisherige Wohnung verlassen kann. Eine größere Selbstständigkeit als bei den Kleinhausbewohnern sonstwie gegeben. Bei einmal eine Zeitlang in einem Kleinhaus gewohnt und das ihm zur Verfügung gestellte Land bearbeitet hat, wird nicht ohne zwingenden Grund seine Wohnung verlassen.

Die wichtigste Grundlage für die Durchsetzung des Kleinhauses müßte, so sieht Hoppe dann weiter aus, durch eine

latkräftige deutsche Bodenpolitik

geschaffen werden, die den erst durch die Herrschaft der Wirtschaft verteuerten Boden soweit verbilligt, daß, wie in England und Belgien die Wohnung im Kleinhaus nicht teuer werde, als im Massenmietshaus. Für eine solche Bodenpolitik ist durch die Abwertung der Hypotheken der Boden gebietet. Für eine besonders wichtige Aufgabe der künftigen Wohnungspolitik hält Hoppe die Sorge für die linderreichen Familien. Kinderreiche Familien gehören in ein mit reichlichem Gartenland ausgestattetes Einfamilienhaus. Besonders für diese linderreichen Familien müßte Hoppe die Mittel des Fonds verwendet werden, der aus den Erträgen gebildet wird, die aus dem Verfall der Hypotheken resultieren. Aber auch wenn es gelänge, in den nächsten Jahren einen auf etwa 10 Proz. des jetzigen Wohnungsbedarfes zu berechnenden Zuwachs von Kleinwohnungen zu schaffen, so würden etwa 80 Proz. der deutschen Bevölkerung weiter im Mietshaus leben. Deshalb hält Hoppe eine

Neuordnung des Mietrechtes

für notwendig. Das Recht der freien Kündigung dürfe nicht wiederkehren, die Kündigung müsse dauernd auf zeitliche Gründe beschränkt werden und die Möglichkeit der Kündigungsprüfung durch eine richterliche Stelle unterworfen werden. Damit müsse verbunden werden eine Reform der Besteuerung. Die Mietsteuer müsse abgelöst werden durch eine Steuer auf die Grundrente nach dem Maßstab der Grundrente. Dabei hebt Hoppe allerdings hervor, daß auch eine solche Steuer die Kosten nicht von den beiden Klassen wegnehmen könne. Sie verpöche aber Wirkungen, durch die die deutsche Bodenwirtschaft in gesunde Bahnen gebracht werde.

In einem weiteren Kapitel seiner Schrift beschäftigt sich dann Hoppe mit dem

Beihilfungsverfahren.

In Sachsen hat man bekanntlich die Wohnungsbaubehauptung zu einer Gemeindesteuer gemacht. Von Anfang an hat diese Regelung den Widerspruch der Mieter, Siedlerorganisationen und der gemeinnützigen Bauvereinigungen gefunden. Hoppe zeigt, welche ablehnen Folgen das schiefste System in der Praxis gehabt hat. Die Wohnungsfrage ist in verschiedenen Orten und in verschiedenen Teilen unseres Landes sehr verschieden groß, und verschieden groß sind auch die Erträge der Wohnungsbaubehauptung. In manchen Gemeinden genügen die Erträge, um in verhältnismäßig kurzer Zeit die dringende Wohnungsfrage zu beheben, während in anderen Gemeinden auch nach Ablauf von fünf Jahren von einer Beseitigung der Wohnungsfrage keine Rede sein könnte. Ähnlich liegen die Dinge auch in Preußen. Hoppe ist der Meinung, daß es nur einer ausgleichenden staatlichen Wohnungspolitik gelingen könnte, die Wohnungsfrage zu mildern. Dabei tritt Hoppe nicht etwa für eine starke Zentralisation der Wohnungswirtschaft ein, er ist im Gegenteil der Meinung, daß nur die dem einzelnen Bau naheliegenden Stellen, die Gemeinden und Baupolizeibehörden in der Lage seien, die Bauten wirksam zu überwachen. Nur die planmäßige Zuführung des Geldes und die rasche Zuführung an die Stellen des Bedarfs sei Aufgabe der staatlichen Zentralverwaltung. Hoppe wünscht also nur, daß bei der Verteilung der im Lande aus der Wohnungsbaubehauptung einfließenden Mittel unter die einzelnen Gemeinden der Grad der Wohnungsfrage berücksichtigt werde. Er tritt aber nicht dafür ein, daß etwa von einer Zentralstelle aus direkt den einzelnen Gemeinden Beihilfen zugewandt werden. Diese Zuteilung soll Sache der lokalen Behörden bleiben. Der Verzicht aber auf jede planmäßige staatliche Wohnungspolitik, die vollkommene Freiheit der Gemeinden bei der Verwendung der Wohnungsbaubehauptung hat dazu geführt, daß die Mittel vielfach sehr wenig zweckmäßig verwendet

wurden. Nach dem Wohnungsbauprogramm einer

schätzlichen Großstadt sollten den insgesamt 784 Wohnungen nur 108 im Flachbau errichtet werden. Man wird nicht soweit gehen können, zu fordern, daß Hochhausbauten unter allen Umständen zu

* Die Finanzierung des Wohnungsbaues und die Wohnungswirtschaft der Zukunft im Oberregierungsamt des Landes Sachsen, Leipzig, 1924.

Schwer auf den Gedanken kommen werde, übermäßig zu zentralisieren.

Frage der Mietregelung.

Heute werden die Mieten für alle Wohnungen mit dem gleichen Prozentsatz der Friedensmieten festgelegt. Das sieht dazu, daß die Besitzer von Häusern mit großen Wohnungen erhebliche Meinerrahmen erzielen, während bei den Häusern mit billigen Wohnungen die festgesetzten Mieten kaum zur Deckung der Unkosten reichen.

Man wird deshalb Hoppe nur zustimmen können, wenn er fordert, daß die Prozentsätze für die verschiedenen Klassen der Wohnungen verschieden festgesetzt werden, höher für kleinere und niedriger für größere Wohnungen.

Aus Sachsen.

Zu den Reichstagswahlen.

Beim Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis Dresden-Bauhen sind sieben Reichstagswähler vorgeschlagen worden.

Stadtratsstelle

Die Wahl erfolgt am 6. Dezember. Bewerber müssen den Anstellungsbedingungen der Gemeindeordnung entsprechen.

Bürgermeisterstelle

Beforderung nach Gruppe IX mit Aufzählung nach Gruppe X. Die Gemeinde zählt 4000 Einwohner.

Der Gemeindeverordneten-Vorsitzer.

In der Gemeinde Zeithain ist am 1. Januar 1925 die neuorganisierte Gemeindefrauentätigkeit zu befehlen.

Bürgermeisterstelle

Diesige Bürgermeisterstelle, 3952 mit der die Verwaltung des Standesamts verbunden ist, baldigst zu befehlen.

Advertisement for 'Dzindler's Cognac' featuring a woman carrying a large bundle and various brand names like 'Aller Kornbranntwein' and 'Sainthipp's Cognac'.

4. Kommunisten, 5. Deutschnationale Partei, 6. Reichsbund für Aufwertung, 7. Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, 8. Wendische Volkspartei, 9. Bauernbund, 10. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, 11. Christlichsozialistische Volksgemeinschaft, 12. Freiwirtschaftsbund, 13. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, 14. Zentrum, 15. Deutsche Volkspartei, 16. Polnische Volkspartei, 17. Deutsche Aufwertungs- und Aufbauvereinigung.

Beim Wahlleiter des 23. Reichstagswahlkreises Leipzig sind 17 Reichstagswähler vorgeschlagen worden, und zwar 1. Sozialdemokraten, 2. Deutschnationale, 3. Zentrum, 4. Kommunisten, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, 7. Demokratische Partei, 8. Deutschnationale Partei, 9. Reichsbund für Aufwertung, 10. Polnische Volkspartei, 11. Christlichsozialistische Volksgemeinschaft, 12. Bauernbund, 13. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, 14. Christlichsozialistische Volksgemeinschaft, 15. Freier Wirtschaftsbund, 16. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, 17. Aufwertungs- und Aufbauvereinigung.

Verkauft. Während vor dem Kriege gewöhnlich hier 80-90 Kinder zur Schule angemeldet wurden, beträgt die Zahl der Reulinge für nächste Oktober nur 20. Da zu demselben Zeitpunkt viel mehr Schüler die Schule verlassen, wird die Gesamtschülerzahl bedeutend sinken.

Schmalzgrube. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot hat die hiesige Gemeinde durch Errichtung eines Zweifamilien-Doppelhauses beigetragen.

Rechenhof i. G. In Anwesenheit des Amtshauptmanns Schulz-Annaberg und der Gemeindeverordneten ist die neu erbaute Talstraße für den Verkehr freigegeben worden.

Ellerlein. In der Mädchenfortbildungsschule Altstein-Schwarzbach ist eine neue Lehrkräfte ernannt worden.

Schnefelderberg. Mit Wirkung vom 1. Oktober an ist hier der Gaspreis von 26 auf 22 Pf. herabgesetzt worden. Gleichzeitig hat auch der Preis für Rotorengas eine Minderung auf 20 Pf. erfahren.

Gundshäbel i. G. Die Landesforstdirektion hat der Gemeinde 1 Hektar Staatsforstland für die Errichtung eines Gemeindeportplatzes zur

gleichberechtigten Benutzung durch alle Vereine nachweise überlassen.

Frankenberg. Zur Beschaffung von Schilfwert für bedürftige Schulkinder hat der Stadtrat 500 Mark bewilligt.

Reichenbach i. G. Die Gemeindeverordneten haben ein Ortsgesetz über die Dedung der Kosten der Gemeinde für die wissenschaftliche Fleischschau angenommen.

Stahleken. Die Abstimmung über die Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums ist ohne Erfolg geblieben. Es haben nur 264 Wähler gestimmt, davon 231 mit ja, 33 mit nein; da 629 Wähler eingetragen sind, hätten laut Gesetz mindestens 315 Wähler abstimmen müssen.

Seiffen. Bürgermeister Sieber ist nach 20jähriger Wirksamkeit in hiesiger Stadt in den Ruhestand getreten. Die Stadtverordneten haben ihn zum Ehrenbürger ernannt und beschlossen, daß die Hauptstraße künftig die Bezeichnung 'Rat Sieber-Strasse' trägt.

Witzsch. Die Stadtverordneten haben die Aufnahme eines Darlehens von 1 Million Mark beschlossen. Hierfür sollen Verwendung finden: 600 000 M. zum Ausbau der Coppler Volksschule, 500 000 M. für Errichtung eines neuen Schulgebäudes in Witzsch, 165 000 M. für den Erweiterungsbau der höheren Mädchenschule und des Realgymnasiums und 10 000 M. für den weiteren Ausbau der Berufsschule Coppl. Für unvorhergesehene Ausgaben, die mit diesen Projekten in Zusammenhang stehen, sind 15 000 M. angelegt worden.

Bautzen. Die Stadtverordneten haben zum zweiten Bürgermeister mit 30 gegen 17 Stimmen den bisherigen Polizeibeamteten Stadtrat Dr. Förster in Bautzen gewählt.

Schirgiswalde. Die Verhandlung gegen den Bürgermeister a. D. Heßlein in Schirgiswalde und Gen. wegen der bestimmten Vorgehens in der Konfiskation der Wohnung in Schirgiswalde ist nunmehr auf Freitag, den 12. Dezember, angelegt worden. Die Verhandlung findet vor dem gemeinsamen Schöffengericht Bautzen statt.

Tageschronik.

Verbrechen im Alkohotrausch.

Berlin, 20. November. Als Polizeibeamte in der vergangenen Nacht in eine Wohnung in Schönberg eintraten, aus der ein hartes Röcheln zu vernehmen war, fanden sie in einem Bette die Leiche einer älteren weiblichen Person vor.

Grubenunglück.

Essen, 21. November. Infolge verbodwidrigen Fahrens im Bremsberg hat sich auf der Zeche 'Jolloverein' bei Essen ein schweres Unglück ereignet. Als vier Bergleute im Blinden Schacht den Förderkorb benutzen wollten, ist das Seil und der Korb stürzte in die Tiefe.

Ein Zebrandaun verhaftet.

Budapest, 21. November. Der sächsische Beamte Josef Schranzenhaller aus Landsbut in Bayern, der im Sommer 7500 Goldmark unterschlagen und mit seiner Geliebten geflüchtet war, ist hier festgenommen worden.

664 Todeopfer auf Java.

Batavia, 20. November. Nach endgültigen Feststellungen sind bei dem Erdbeben 664 Personen getötet und 52 verletzt worden.

Mitteilung des Königl. Bulgarischen Generalkonsulats zu Dresden.

Nach einer dem Generalkonsulat zugangener Bestimmung des Ministerialrates vom 24. Oktober d. J. werden bis zum 31. Januar 1925 alle abgestempelten 1000 Lewa-Kassenbons als Emission eingezogen.

Gewerbe-Verein.

24. Nov., abends 7 1/2 Uhr. 1. Bericht des tech. Ausschusses. 2. Vortrag des Herrn Pfarrer Großmann: Die buddhistische Strömung im mod. Weltanschauung.

Neujährer Schauspieltisch.

Zum erstenmal: Der Weinbau. (S. S. B. Nr. 1. R. 4701 bis 5200, Nr. 2 R. 541 bis 620.) Anfang 1/2 Uhr. Montag: Die Gegenkandidaten. (S. S. B. Nr. 1-30.) Anfang 1/2 Uhr.

Sächs. Staatszeitung

Einzelne Nummern 15 Pfennig in Dresden-N. in der Geschäftsstelle, Gr. Zwingerstraße 16, beim Buchhändler G. Heinze, Annenstraße 12a, an den Zeitungsverkaufsstellen (z. B. Warteschalen): Büchsenstraße, Prager Str. 42, Ringstr. (Berf. H.), Schloßstr. 4, Seestr. 12, Wiener Pl.

Tageskalender.

Sonntag, 23. Novbr. Staatstheater. Opernhaus. Außer Anrecht: Der Bajazzo. - Eptianische Bauernrechte. Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Beamtentwärtter

für unsere Spar- und Girokasse zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerber, nicht unter 22 Jahre alt, mit gründlicher kaufmännischer oder technischer Ausbildung - aber nur solche - wollen Gesuche mit Zeugnisabschriften und wenn möglich Lichtbild bis 29. November einreichen.

Bürgermeisters

der Gemeinde Boden i. Erzg. 277 Einwohner. Ist baldmöglichst zu befehlen. Bewerbungen sind schriftlich einzufordern von der Gemeindeverwaltung Boden i. Erzg.

Konzert

zum Besten seines Patronatvereins (Freistellen-Gewährung) Ausführende die Hochschullehrer der Anstalt: Frau Burger-Semmler (Alt), Frau Helga Petri (Laute), Frau Charlotte Viereck von der Staatsoper, die Herren Pianisten Walter Kauffmann, Richard Zöllner, Violinvirtuos Adrian Rappoldi, Professor Albert Kluge (Begleitung).

Neues Theater.

Geschlossen. Montag: Das Räthel der Frau Staatsanwält. (S. S. B. Nr. 7941-8110.) Anfang 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Reigen-Theater.

Rachmittags 1/2 Uhr. Der fidele Bauer. Ende 6 Uhr. - Abends 1/2 Uhr. Der Sigmundbaron. Ende 11 Uhr.

Schauspielhaus.

Außer Anrecht: Die Familie Schroffenhelm. (S. S. B. Nr. 10447 bis 10542.) Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Centraltheater.

Täglich Gastspiel des Wiener Monarch-Theaters: Hain! Die neue Revue! Anfang 8 Uhr.

Konzertdirektion F. Ries

Advertisement for 'Heilige Nacht' concert by Ludwig Thoma, featuring 'Dresdner Trio' and '2. BEETHOVEN'.

Advertisement for 'Felix Paul Hofmann Frauenstr. 3' featuring a portrait of a woman.

Familiennachrichten. Vermählt: Dr. Rechtsanwält Dr. Köpp in Schneidemühl mit Frei-Charlotte Brück in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenentgelt verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat R. Allet in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.